

Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der
Katholischen Sozialwissenschaftlichen
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 18

Klerikalismus von links?

von Wilhelm Weber

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
405 Mönchengladbach 1
Viktoriastraße 76

Redaktion:
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
Mönchengladbach

Die Jahre der „politischen Laienpredigt“ und der „politischen Zeltmission“, als christliches Ideengut und christliche Symbolik in säkularisierter Verdünnung („Not des Nächsten“, „Bereitschaft zum Mitleiden“, „nicht vom Brot allein lebt der Mensch“, „tätige Barmherzigkeit“; so der damalige Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung im Herbst 1972; Kniefall desselben Kanzlers vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten in Warschau im Dezember 1971; derselbe Kanzler zum Abschluß einer Reihe verschiedener Christusdarstellungen in einer Schrift unter dem Titel „Jesus – Gottes Sohn?“ porträtiert¹), die politische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend pseudoreligiös verfremdeten, sind – vorerst – vorüber. An die Stelle der „Charismatiker“ sind die politischen „Macher“ und „Krisenmanager“ getreten.

Mit der politischen Zeltmission ist schlagartig auch die ihr zugeordnete polit-theologische Opera buffa von der Bühne abgetreten. Kein emeritierter evangelischer Bischof mehr im Lutherrock und neben dem Kreuzifix in großformatigen Wahlanzeigen, der seinen Mitbürgern und Mitchristen ungefragt bekannte, die SPD habe „das bessere Konzept“²); kein katholischer Kaplan mehr, der – selbstverständlich einzig um der „guten Sache“ willen – den sonst heißgehaßten und verachteten römischen Priesterkragen noch einmal aus der Ecke kramte, um für die SPD Propaganda zu machen³). Aber wie sagt der Volksmund treffend: „Wenn er eine Seele fangen will, zielt sich selbst der Teufel nicht, den Schwanz in ein Weihwasserbecken zu tauchen“.

Dieser polit-theologische Mummenschanz ist vorerst vorbei. Nicht dagegen das Problem selbst, nämlich die dauernde Gefahr der Verformung und Verfremdung religiöser, christlicher, kirchlicher, theologischer Ideen und Symbolik zu durchsichtigen (partei-)politischen Zwecken, das, was man, soweit es durch Bischöfe, Priester und Theologen erfolgt, als Klerikalismus mit Recht ablehnt, mag es sich nun um „rechten“ oder „linken Klerikalismus“ handeln. Beide sind gleich schlecht, beide in gleicher Weise abzulehnen.

Im folgenden soll es um verschiedene jüngste Erscheinungsformen eines linken Klerikalismus gehen, weil er in der letzten Zeit eine besondere Blüte erlebt hat und, unter subtileren Formen als denen der theologischen Opera buffa der Wahljahre 1969 und 1972, weiterhin virulent ist.

Der Stil kirchlicher Verlautbarungen zur Politik ist dem Wandel unterworfen

Nicht selten stellen Vertreter eines linken Klerikalismus ihre Aktivitäten als eine Art von Wiedergutmachung dar. Früher habe die Kirche sich ungegeniert parteipolitisch für „bürgerliche“ Parteien eingesetzt und neuerdings tue sie es abermals. Nunmehr müsse um der Gerechtigkeit und des fairen Ausgleichs willen endlich auch einmal die SPD an der Reihe sein, und

wenn – böses Trauma aller dieser Vertreter von Linksklerikalismus – die „Amtskirche“ oder – noch viel schlimmer – der „Verbandskatholizismus“ dies nicht aus sich tue, dann müßten eben andere Katholiken dies besorgen.

Nun hat es unbestreitbar und unbestritten in der Vergangenheit politische Stellungnahmen beider Kirchen gegeben, die wir uns alle nicht mehr zurückwünschen. Aber man macht einen Fehler nicht dadurch gut, daß man auf einen Schelmen anderthalben setzt und – merkwürdige Verspätungserscheinung – in ähnliche und zum Teil noch rüdere Formen zurückfällt, als sie jenen Verlautbarungen eigen waren, nur jetzt mit umgekehrten Vorzeichen.

Erfreulicherweise wird in Deutschland nach dem letzten Kriege der Rückzug der Kirchen aus dem parteipolitischen Bereich immer deutlicher sichtbar. Er zeigt sich u. a. in dem Verzicht der Katholiken auf den Zusammenschluß in einer konfessionell ausgerichteten Partei nach dem Muster des alten „Zentrum“, in der ablehnenden Haltung gegenüber den Kandidaten von Priestern für ein politisches Mandat, in der zunehmenden Distanz der Priester selbst gegenüber einem aktiven Engagement in einer politischen Partei, in der wachsenden parteipolitischen Zurückhaltung in Erklärungen der deutschen Bischöfe zu gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Für diese Entwicklung, die zweifellos positiv zu bewerten ist, da sie den unterschiedlichen Bereichen vorrangiger Zuständigkeiten für Kirche und Staat besser Rechnung trägt, könnte man vielerlei Gründe anführen. Wichtig ist einmal die intensivere Besinnung der Kirche auf ihr Selbstverständnis und ihren eigentlichen Auftrag auf dem II. Vatikanischen Konzil, zum anderen – bei uns in der Bundesrepublik Deutschland – ein nicht zu übersehender Wandel im Selbstverständnis und in den programmatischen Äußerungen der Parteien, und zwar aller Parteien nach dem Kriege.

Was letzteres betrifft, so sind gerade die heute so inkriminierten politischen Äußerungen der katholischen Kirche („Wahlhirtenbriefe“) in den 50er Jahren mit ihren oft dezidierten Aussagen zugunsten oder zu Lasten verschiedener Parteien auch unter dem Aspekt zu sehen – hier kennen linke Kleriker entweder die Geschichte nicht oder bauen auf die Unkenntnis anderer –, daß die Sozialdemokratie, wie die parteiinternen Debatten im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm (1959) gezeigt haben, selbst schwer mit ihrem Selbstverständnis zu ringen hatte, ob sie nämlich eine marxistische Sekte bleiben oder eine Volkspartei werden sollte. Bis „Godesberg“ galt offiziell, und davon konnte die Kirche ausgehen, immer noch das Heidelberger Programm von 1925 und die dort zwar nicht mehr expressis verbis auftauchende, aber auch nicht revozierte Formel, wonach „Religion Privatsache“ sei, wonach der Einfluß der Kirchen im öffentlichen Erziehungsbereich radikal auszumerzen sei, von vielem anderen abgesehen, was das Verhältnis zwischen Kirche und Staat notwendig belastete.

Wenn es in den 60er Jahren um Wahlhirtenbriefe stiller wurde, so hing das zunächst mit der Entwicklung der SPD nach Godesberg zusammen. Das alles muß hier nicht noch einmal erörtert werden, weil es hinreichend bekannt ist. Erst die massive Re-Ideologisierung seit dem Ende der 60er Jahre und der eklatante Beweis dafür, was die offensichtliche Mehrheit der SPD unter ihrem eigenen programmatischen Grundwert „Freiheit“ versteht, nämlich eine „emanzipatorische“ Zerstörung sittlich verbindlicher Werte und Institutionen (§ 218 StGB, Ehe- und Familienrechtsreform, politische Bildung, „Richtlinien“), etwas, was weitsichtige Kritiker des Godesberger Programms, wie etwa Gustav Gundlach, G. E. Kafka und – damals jedenfalls noch – auch O. von Nell-Breuning, bereits 1959 als eigentlichen Geburtsfehler dieses Programms diagnostiziert hatten, leiteten dann wieder eine gegenläufige Bewegung innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland ein. Für die Katholiken, die diese Entwicklung nicht erkennen wollten und wollen, ist dies ein bedauerlicher Rückfall in die 50er Jahre. Hiergegen machten und machen sie Front in Gestalt von SPD-Wählerinitiativen und publizistischer Schützenhilfe für die SPD.

Eines allerdings, und das wird jeder, der nicht total befangen ist, anerkennen müssen, ist unübersehbar: Die Bischöfe haben, nicht zuletzt unter dem Stress, unter den einige Theologen und Priester sie innerkirchlich mit ihren Kampagnen zugunsten der SPD gesetzt haben, zu einem so sachlichen und objektiv überzeugenden Argumentationsstil gefunden, daß ihre Widersacher im eigenen Lager ihnen auch nicht im entferntesten das Wasser reichen können. Dies wird jeder zugeben müssen, der ohne Blickvertrübung ihr Schreiben über „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart“ (1969) oder ihren Hirtenbrief zur Reform des Abtreibungsparagraphen (5. Mai 1973) oder ihre pastorale Anweisung „Zur parteipolitischen Tätigkeit der Priester“ (27. September 1973) liest.

Daß gerade das letztere Schreiben von SPD-nahen Theologen des „Katholischen Arbeitskreises in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative“⁴) als „Versuche der westdeutschen Bischöfe, die parteipolitische Betätigung von Priestern zu unterdrücken“, abqualifiziert wurde, beweist, daß diese Theologen offenbar um jeden Preis die Konfrontation wollen und weder für fremde Argumente zugänglich noch zu eigenen sachlichen Argumenten in der Lage sind. – So stehen wir – nunmehr allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – nicht mehr in den 50er Jahren, sondern sind zurückgeworfen auf die unseligen Zeiten vor 1933.

Bei der heute in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen politischen Konstellation des parteidemokratischen Staates ist die Gefahr der permanenten bewußt geförderten Mißdeutung kirchlicher Äußerungen zur Politik als parteipolitischer Schützenhilfe nicht zu vermeiden. Die Kirche muß dies – ob gelegen, ob ungelegen – durchstehen, auch und gerade gegenüber den eigenen Theologen.

Katholische Soziallehre und „Politische Theologie“, so unterschiedlich immer ihre Ansätze sein mögen, sind sich jedenfalls in einem völlig einig, daß nämlich das Wort der Kirche nicht unpolitisch sein kann und darf. Und dies gilt sicher auch – mit dem erforderlichen Augenmaß – bis in politische Konkretionen hinein. Eine „Neutralität“, wo es um fundamentale Belange des Menschen geht, ist nicht möglich. Die Verpflichtung, das Evangelium unverkürzt zu verkünden und den aus ihm resultierenden sittlichen Auftrag zu erfüllen, kann und wird immer wieder dazu führen, daß die Kirche den politisch Verantwortlichen, ähnlich wie Johannes der Täufer es gegenüber Herodes getan hat, ein unmißverständliches „Es ist dir nicht erlaubt“ entgegenhalten muß. Dies auch auf die Gefahr hin, daß ein solches Wort innerhalb oder außerhalb der Kirche mißverstanden oder gar bewußt falsch interpretiert wird.

In einem parteidemokratischen Staat ist es dabei unvermeidlich, daß Stellungnahmen der Kirchen, wenn sie programmatischen Aussagen oder der tatsächlichen Politik einer Partei zuwiderlaufen oder ihr nahekommen, als illegitime parteipolitische Stellungnahmen abqualifiziert werden. Dies ist fast ein built-in conflict, ein sachimmanenter Konflikt, in den kirchliche Verlautbarungen zu (gesellschafts-)politischen Fragen in einer Parteien-demokratie notwendig geraten. Diesen Konflikt kann die Kirche nicht lösen, es sei denn, sie verzichtete auf Äußerungen der genannten Art überhaupt, was nicht statthaft ist. Sie muß diesen Konflikt schlicht durchstehen.

Treffend hat zu diesem Problem der evangelische Kirchenpräsident Helmut Hild vor der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau bemerkt: „Verkündigung und Auftrag zum Dienst zwingen uns in vielfältigen Bezügen zu Stellungnahmen und mitunter auch zu einer Parteilichkeit, die mit parteipolitischen Erkenntnissen und Programmen übereinstimmen mag. Aber um die Parteilichkeit in einer pluralistischen Demokratie überhaupt erst zu ermöglichen und Mißverständnisse in der Motivation zu vermeiden, halte ich die parteipolitische Zurückhaltung der Seelsorger (!) in den Gemeinden wie in der Gesamtkirche nach wie vor geboten. Das darf freilich nicht zu einer Unterschätzung oder gar Infragestellung des parteipolitischen Engagements von Christen (!) führen“. Und weiter: „Als Theologen müssen wir viel stärker, als wir das bisher getan haben, darüber nachdenken, was wir mit einer eigenen parteipolitischen Bindung Gemeindemitgliedern, die anders denken, zumuten“⁵).

Auf derselben Linie, nur noch etwas detaillierter in Begründung und Aus-

sage, bewegt sich das bereits erwähnte pastorale Schreiben der Bischöfe „Zur parteipolitischen Tätigkeit der Priester“ vom September 1973. Hier wird der „Dienst an der Einheit der Gemeinde und Gesamtkirche“ als „wesentliche Aufgabe der Priester“ gesehen und **daraus** eine parteipolitische Zurückhaltung der Priester begründet. Nur „außergewöhnliche Fälle“ könnten auch eine parteipolitische Tätigkeit rechtfertigen, wenn zum Beispiel „antidemokratische Kräfte den für die Verwirklichung der Menschenwürde notwendigen öffentlichen Freiheitsraum bedrohen oder die Verkündigung des Evangeliums – wenn auch in versteckter Weise – behindern würden“. Das Schreiben fährt fort: „Solche ‚außergewöhnliche Fälle‘ oder Notstände sind für die Bundesrepublik heute nicht gegeben. Zwar schließt das nicht von vornherein aus, daß ein Priester als Bürger unseres Staates Mitglied einer Partei ist, sofern diese nicht inhumane oder antichristliche Ziele verfolgt. Abzulehnen ist jedoch, daß sich ein Priester öffentlich innerhalb einer Partei, für eine Partei sowie für die Wahl einer Partei einsetzt“⁶). Abgewogener konnten die Bischöfe wohl kaum argumentieren, und wenn dies von verschiedenen Theologen als parteipolitischer „Maulkorb“ abqualifiziert wird, dann richtet sich ein solches Urteil von selbst.

Schaut man sich die wichtigsten Äußerungen der Bischöfe aus den letzten 5 Jahren, den Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe zur Landtagswahl im Oktober 1974 eingeschlossen, genau an, dann wird ganz deutlich, daß – in dem Schreiben von 1969 den Umständen entsprechend noch sehr zurückhaltend formuliert – ausschließlich fundamentale sittliche Sachverhalte zur Sprache gebracht worden sind, die mit Parteipolitik aber auch nicht das Allgeringste zu tun hatten. Wenn der Ton zunehmend ernster und auch schärfer wurde, so lag das nicht an den Bischöfen. Nicht sie bestimmten den Abstand der Kirche zu den Parteien, sondern die Parteien selbst ihren Abstand zur Kirche. Hierzu bemerkte, gerade im Zusammenhang mit den bayerischen Landtagswahlen und dem dazu geschriebenen Hirtenbrief, die FAZ sehr treffend: „Jene, die bei der Reform des Straf- und Familienrechts siegessicher werteschonende Kompromisse ausschlagen und Schule keineswegs als Veranstaltung eines pluralistischen Staates, sondern als Mittel der Verkündigung nur einer kämpferischen ‚Weltanschauung‘ ansehen, dürfen sich über den neuen Ton der Hirtenbriefe gewiß nicht wundern. Nach dem Kriege mögen Wahl-Hirtenbriefe, zumal in manchen Ländern, noch der Abwehr des Pluralismus gedient haben. Jetzt wirken sie als legitimes Mittel zur Verteidigung des pluralistischen Gemeinwesens“⁷).

Daß bestimmte Stellungnahmen der Bischöfe faktisch oder gar der Intention nach im zeitlichen Zusammenhang mit Wahlen stehen, macht sie nicht schon deswegen zu verwerflichen parteipolitischen Äußerungen, wenn in ihnen wirklich und ausschließlich Sachthemen erörtert werden, zu denen die Position der katholischen Kirche präzisiert und eingeschränkt wird. Wenn die Bischöfe, was sie verständlicherweise wünschen müssen, be-

sondere Aufmerksamkeit erzielen wollen, müssen sie ihre Äußerungen auch zeitlich günstig placieren, und das bedeutet nun einmal die Zeit der Wahlkämpfe, wenn die öffentliche Meinung entsprechend sensibilisiert ist. Würden sich die SPD-Sympathisanten unter den Theologen auch nur halbwegs in ihrem Argumentationsstil dem der Bischöfe annähern, wäre schon viel gewonnen. Stattdessen hauen sie ungeniert und unverdeckt auf die parteipolitische Pauke und kritisieren die Bischöfe und den „Verbandskatholizismus“ nach dem Motto „Haltet den Dieb!“

Eine besonders ernsthafte und beängstigende Form von Klerikalismus: Die Verformung und Verfremdung religiös-geistlicher Wort- und Bildsymbolik und theologischer Spekulation zu (partei-)politischen Zwecken

Gerade für diese verwerflichste Art von Klerikalismus gibt es in Vergangenheit und Gegenwart zahlreiche Beispiele abschreckender Natur. Erinnerung sei etwa an das berüchtigte „Conquistadoren-Evangelium“ (verfaßt von dem spanischen Juristen Palacios Rubios im Jahre 1513) der spanischen Eroberer Amerikas, die mit Hilfe von „Orbis christianus“-Theologie die Unterwerfung der Indios unter die Oberhoheit der spanischen Krone theologisch zu rechtfertigen suchten.

1. Verformung und Verfremdung religiös-geistlicher Wort- und Bildsymbolik

Die Indienstnahme religiös-geistlicher, konkret: christlicher Wort-, Bild- und – so müßte man hinzufügen – Gestensymbolik zu (partei-)politischen Zwecken haben wir in den letzten Jahren bis zum Überdruß erlebt. Es wurde einleitend bereits auf einige besonders eklatante Beispiele hingewiesen (Regierungserklärung Brandts im Jahre 1972; sein Porträt am Ende einer Reihe von Christus-Darstellungen; sein Kniefall in Warschau). Auf eine weitere Erörterung dieser teilweise degoutanten Vorkommnisse kann hier verzichtet werden. Sie sprechen für sich selbst.

2. Der Einsatz des theologischen Amtes und Prestiges

Diese Art von Klerikalismus ist eine der in den letzten Jahren vorherrschenden. Es handelt sich um den Einsatz des theologischen Fachprestiges unter Zuhilfenahme volltönender akademischer Titel und Amtsbezeichnungen.

Was diese Art des parteipolitischen Einsatzes betrifft, so pflegen linke Kleriker zwar die Bischöfe als Wahlhelfer einer bestimmten Partei zu beschimpfen, während sie selbst ohne den geringsten Skrupel vor Wahlen ihre Namen mit akademischen Titeln und Hinweisen auf ihre korporationsrechtliche Zugehörigkeit zu katholisch-theologischen Fakultäten bzw. Fachbereichen für Wählerinitiativen zugunsten der SPD in die Waagschale werfen. Darauf angesprochen, pflegen solche Kleriker sich mit dem Hin-

weis aus der Affäre zu ziehen, bzw. sie versuchen das zumindest, sie sprächen in erster Linie als Hochschullehrer und als Staatsbürger. Die Öffentlichkeit aber sieht es anders: für sie spricht nicht ein Professor quilibet, sondern eben ein Professor der Theologie und ein Priester der Kirche, was seinen Aussagen eben doch eine bestimmte Qualifikation verleiht. Außerdem kann man zwar abstrakt zwischen verschiedenen Rollen und Rollensegmenten (**als** Theologe, **als** Priester, **als** Staatsbürger) unterscheiden, aber man kann doch in der Wirklichkeit nicht einfach beliebig und auf Zeit (etwa zur Wahlzeit) aus einer dann gerade nicht so passenden Rolle aussteigen, um eine andere unbehelligt spielen zu können. Das sind entweder Selbsttäuschungen oder Taschenspielertricks zur Täuschung anderer.

3. Der Einsatz theologischer Privat-Spekulationen

Das jüngste Beispiel dieser Art dürfte der Artikel Prof. Herbert Vorgrimlers (Münster) im Informationsdienst des „Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen e.V.“, Nr. 69 v. September 1974, sein⁸). Dieser Aufsatz hat mit Recht eine außerordentliche Fülle von Protesten hervorgeufen, die in ihrer Argumentation z. T. sehr beachtlich waren, wenn auch Emotionen nicht fehlten, die bei einem solchen Thema fast unvermeidlich sind.

An dem Artikel Vorgrimlers ist nicht das Engagement für die „Ostpolitik des Vatikans“ das Wichtigste, sondern einmal die merkwürdigen und verqueren Urteile über das Verhältnis von Kirche und Staat in den Ostblockländern (das übrigens in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist; man merkt fast in jedem Satz, daß Vorgrimler nicht „vor Ort“ war), zum anderen die z. T. tollkühnen und halsbrecherischen „theologischen“ und „ekklesiologischen“ Spekulationen zur Rechtfertigung der Ostpolitik des Vatikans.

Was die Tatsachenurteile betrifft, so steht es für Vorgrimler offenbar außer allem Zweifel, daß die „Regierungen sozialistischer Länder Partner sind, die Abkommen schließen und korrekt einhalten“. Was den einzelnen Landeskirchen widerfuhr, muß fast als eine Wohltat gepriesen werden, hat doch – immer nach Vorgrimlers Meinung – der Kommunismus die Kirchen erst auf ihr Eigentliches reduziert. Denn: „Was den einzelnen Landeskirchen als Folge (ihrer oppositionellen Haltung gegenüber den kommunistischen Gewaltherrschern; W.) widerfuhr, war nicht etwa jenes Martyrium um des Glaubens willen, das jeder Christ gemäß dem Evangelium auf sich nehmen soll, sondern vielmehr ein Entzug der bisherigen gesellschaftlichen, nicht selten privilegierten Position der Kirche und der Christen“. Begreiflicherweise hat dieser Passus besondere Kritik hervorgerufen, da er in dieser ungeschützten Form mit Recht als blanker Zynismus empfunden wurde. So schrieb der ehemalige litauische Außenminister Starys Lozoraitis: „Was vermeintliche Privilegien anbetrifft, so sei hier daran erinnert, daß im sowjetbesetzten Litauen die Priester wegen der Katechisation der Kinder strafrechtlich verfolgt und die Kinder sowie ihre Eltern terrori-

sirt werden. Wem wird dadurch ein ‚Privilegium‘ entzogen, den Priestern, den Kindern?“ (Leserzuschrift in der FAZ v. 17. Dezember 1974).

In seinem blassen Antwortbrief in der FAZ vom 4. Dezember 1974 auf die bis dahin eingegangenen Proteste suchte Vorgrimler sich u. a. mit verbalen Tricks zu helfen, wenn er feststellte – jedenfalls der Sache nach –, daß ein „Martyrium“ nach theologischer Lexikon-Definition im Osten nicht mehr anzutreffen ist, da nach seiner „gewissenhaften Information . . . in der Regel im Osten kein Christ mehr einfach um seines Glaubens willen verfolgt wird.“ Nun würde man gern erfahren, was er unter „Verfolgung“ versteht. Ist nur Bedrohung von Leib und Leben eine Verfolgung?

Es wird von Vorgrimler – die erdrückende Realität läßt selbst ihm keine andere Möglichkeit – gerade noch mit Mühe zugegeben, daß oft „die praktizierenden Christen nur Bürger zweiter Klasse (sind)“. Jemand hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sie allenfalls Bürger vierter Klasse sind (in der Reihenfolge: Parteifunktionäre, einfache Parteibuchinhaber, Nicht-Parteimitglieder, praktizierende Christen). Doch Vorgrimler weiß auch dafür eine entschuldigende Erklärung: „In diesem Zusammenhang muß man freilich auch die Besorgnis der staatlichen Stellen ernst nehmen. Können diese sich in allen Ländern auf die Loyalität der christlichen Mitbürger verlassen?“ Dies ist nun wirklich die Spitze eines kalten und unbarmherzigen Zynismus. Wenn der moralische Widerstand – was könnte denn wohl anders gemeint sein?! – eines Solschenizyn, eines Maximow, eines Sacharow, eines Wyszyński, der mitteldeutschen Bischöfe mit ihrem deutlichen und anklagenden Hirtenbrief vom 17. November 1974 gegen das atheistische staatliche Erziehungsmonopol für Vorgrimler allerdings Vorgänge sein sollten, die die Machthaber im Ostblock an der Loyalität der christlichen Mitbürger zweifeln lassen können, dann ist das Christentum in der Tat mit seinem Zeugnis am Ende, dann hilft auch eine noch so gut gemeinte Ostpolitik nichts. Außerdem soll nach der modernen Theologie doch die „kritische Funktion“ der Kirche eine so große Rolle spielen, übrigens durchaus zurecht. Gilt, und wenn ja, warum, dies nur für eine Kritik an der von Vorgrimler pauschal abqualifizierten „kapitalistischen Reizwelt“, „westlicher Demokratie“, „amerikanischer Zivilisation“ und dem, „was man ‚freie Welt‘ nennt?“ Hat diese Kritik – um sich nicht dem Verdacht der Illoyalität auszusetzen – aus Opportunitätsgründen vor Unrechtsregimen östlicher Prägung halt zu machen? Ist das dann neu geschürter kalter Krieg? Wir werden vergeblich auf eine Antwort auf diese Fragen warten. Nein, dieser Artikel ist kein theologisches Meisterwerk, er ist einseitig, zynisch, unbarmherzig und – eine wenn nicht naive, so fahrlässige Verharmlosung des Umgangs des atheistischen Kommunismus mit dem Christentum und der Kirche. Er ist die gefährlichste Form von Linksklerikalismus, die es z. Z. gibt, da sie – hinter der Ostpolitik des Vatikans als einer honorigen Sache sich versteckend – nach Art einer ausgekochten Partisanenstrategie dem kommunistischen Sozialismus in die Arme arbeitet.

4. Die theologische Demütigung einer leidenden Kirche mit Alibifunktion für die Unterdrücker

Den Kirchen des Ostens droht, so heißt es in dem Artikel weiter, die theologische und geistige Verödung, wenn nicht durch entsprechende Schritte Remedur geschaffen wird. Nun soll diese Gefahr keineswegs gelegnet oder unterschätzt werden. Andererseits bietet der teilweise desolate Zustand „fortschrittlicher“ westlicher Theologie nicht unbedingt die Gewähr, daß durch sie der geistigen Verödung gewehrt werden könnte.

Da die Beschäftigung mit Vorgrimlers Artikel in diesem Rahmen nicht über Gebühr fortgesetzt werden kann, sollen zum Schluß einige treffende Worte aus der Intervention des polnischen Kardinal-Primas Stefan Wyszyński vom 1. Oktober 1974 auf der Vollversammlung der Bischofssynode im Vatikan hier zitiert werden:

„... die kommunistische Propaganda (versucht) durch servile Organisationen – z. B. auch Gruppen progressiver Katholiken – zu überzeugen, daß der kommunistische Staat nicht gegen die Religion kämpft. Dabei unterstützen ihn auch Druckerzeugnisse westlicher katholischer Progressisten“ –

„Die Kirche in diesen Staaten (des Ostblocks; W.) wird immer wieder als rückständig und obskur bekämpft und so dargestellt, als ob sie die konziliare Erneuerung hindere. So verfährt man insbesondere mit der Kirche in Polen, ungeachtet des menschlichen Prinzips, daß man den Betrübten nicht noch mehr Trauer auferlegen soll.“ –

„Die Angriffe in der abendländischen Presse, vor allem der katholischen, gegen die Kirche Osteuropas, müssen aufhören. Erstes Gebot: nicht schaden!“ –

„In die Diplomatie des Heiligen Stuhles sollten kühne und eindeutige Elemente des christlichen Bekenntnisses eingeführt werden. Diplomatie darf die Arbeiten der Evangelisierung nicht behindern“¹⁹).

Das dürfte wohl zu diesem Kapitel genügen.

Eine mehr vordergründige, aber sehr fragwürdige Form von Klerikalismus: Taktische Hilfen von Klerikern für Parteien zum Aufspüren der besten „Fanggründe“ für Wahlfischzüge im deutschen Katholizismus

Wo es an der Bereitschaft oder Fähigkeit zur echt argumentativen Auseinandersetzung von theologischen SPD-Sympathisanten mit den kirchlichen Stellungnahmen fehlt, müssen vielfach entweder Geschmacklosigkeiten, Plattitüden oder einfach taktischer Nachhilfeunterricht für Parteipolitik zum Einfangen von Katholiken bei Wahlen die Argumente ersetzen.

Was die Geschmacklosigkeiten betrifft, so hat der Bischof von Rottenburg, Dr. Carl Joseph Leiprecht, die Ausbrüche des Tübinger Theologieprofes-

sors Norbert Greinacher in der durch Beweise guten Geschmacks nicht eben übermäßig ausgezeichneten Hamburger Sex-Postille „konkret“ zur Reform des § 218 StGB mit Recht als „unsachlich, unwissenschaftlich und geschmacklos“ bezeichnet. Ein Pamphlet ersetze keine Argumente. Die (von Greinacher in dem „konkret“-Artikel gestarteten) Invektiven gegen den Kölner Erzbischof glichen allmählich einem Amoklauf, schreibt der Bischof weiter. Offensichtlich scheinere der Kardinal für gewisse Kreise „eine Zielscheibe für autoritätsfixierte Aggressionen zu sein“.

Was die Plattitüden angeht, so finden sie sich vor allem in Wahlaufrufen der „es-pe-de“-Wählerinitiativen zur Bundestagswahl 1972. Plattheiten waren es damals bereits, nur merkt man es heute – nach allem, was inzwischen passiert ist – ganz besonders. So wenn etwa Prof. Peter Lengsfeld (Münster), flankiert von 33 weiteren Münsteraner Bürgern, zumeist Theologen beider Fakultäten (mit zwei „Hausfrauen“ in Alibifunktion), in einem Wahlaufruf „Was wählen Sie? – Wir wählen diesmal SPD!“ erklärte: „Die SPD kann regieren. Sie hat die geeigneteren Persönlichkeiten, die bereit und fähig sind, Gutes zu bewahren und notwendige Reformen voranzutreiben. Das haben bewiesen: Brandt in der Außenpolitik, Schiller in der Wirtschaftspolitik, Leber im Verkehrswesen, Heinemann und Ehmke bei der Strafrechtsreform“. Und weiter: „Wir brauchen einen gerechten Frieden, auch mit unseren östlichen Nachbarn. Brandt hat die richtige Einstellung. Und eine glückliche Hand. Ab September soll er die Richtlinien der Politik bestimmen“.

Wenn man von Heinemann, der inzwischen seine Amtszeit regulär beendete, und von Leber, der ins Verteidigungsministerium überwechselte, einmal absieht, dann fragt man sich heute – es liegen ja immerhin noch keine 3 Jahre seit jenem Wahlaufruf zurück –, warum denn eigentlich „die geeigneteren Persönlichkeiten“ (SPD-eigener Wahlslogan 1972: „Wir haben die richtigen Männer“) Brandt, Schiller und Ehmke schon sobald als die offenbar nicht mehr geeigneten in die politische Wüste geschickt wurden. Theologen haben mit Wahlaufrufen fast immer eine schlechte Figur gemacht, auch wenn sich das manchmal erst später herausstellt. Aber sie lernen offenbar nichts daraus. Was der Rottenburger Bischof im oben erwähnten Fall Greinacher bemerkte, gilt auch für manche andere SPD-Wahltheologen: „Wie weit muß es ein Theologe eigentlich treiben, bis er seinen ihm als Professor öffentlich vorausgewährten Kredit verliert?“

Taktischer Nachhilfeunterricht für Parteipolitiker über die ergiebigsten Fanggründe im deutschen Katholizismus (und über die zu meidenden Klippen wie „Amtskirche“ und vor allem „Verbandskatholizismus“) findet sich bei fast allen führenden theologischen SPD-Sympathisanten. Einer von ihnen hat sogar ein längeres strategisch-taktisches Papier von etwa 15 Schreibmaschinenseiten (ohne Titel: wir nennen es Dokument X) für den damaligen und heutigen Parteivorsitzenden der SPD für den Wahlkampf 1972 entworfen. Dieses Dokument X liegt in der Einschätzung der Lage ebenso richtig wie es für seinen Autor entlarvend ist.

Die Chancen der SPD liegen an den „abbröckelnden Rändern“ des Katholizismus

Im Dokument X liest man folgende erhellenden Sätze: „Die Chancen der SPD liegen . . . nicht im harten Kern, sondern an den mehr und mehr abbröckelnden Rändern, bei den Katholiken, die sich aus den Zwängen des katholischen Milieus emanzipieren“. Und: „Mehr Aufmerksamkeit als bisher sollte die SPD auch den Gruppen und Schichten des deutschen Katholizismus schenken, die für Reformen in Kirche und Gesellschaft aufgeschlossen sind. Zu diesem ‚Reform-Katholizismus‘ sind zu rechnen: ein großer Teil der Leserschaft von PUBLIK, Bensberger Kreis, Solidaritätsgruppen der Priester, Arbeitsgemeinschaft Synode, Kritischer Katholizismus, Katholische Deutsche Studenten-Einigung, Bund der deutschen katholischen Jugend, etwa ein Drittel der Synodalen der Bistümer, Pax Christi-Mitglieder und manche Mitglieder des Zentralkomitees der Katholiken“. – Soweit sie nicht in Auflösung begriffen sind, können sich die genannten Gruppen bzw. ihre Mitglieder für die Ehre bedanken, so zur linken Schickeria im deutschen Katholizismus gezählt zu werden.

Aber die Diagnose von Dokument X ist goldrichtig. Das hat Gerhard Schmidtchen auf einer Tagung der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach im Mai 1974 anhand empirischen Materials überzeugend bestätigt. Seine Ausführungen zu diesem Thema unter dem Titel „Religiöse Legitimation im politischen Verhalten. Wandlungen und Motive im Wahlverhalten der Katholiken“ sind höchst interessant und aufschlußreich¹⁰).

Auch Herbert Vorgrimler weiß, wo die ergiebigsten Fanggründe liegen. „Die interessanteren Partner sind die Christen, die der Kirche entfremdet sind, aber von der Unentbehrlichkeit der Religion überzeugt sind, weil gegen einen primitiven Materialismus die grenzenlosen Wünsche der Menschheit, die Hoffnung auf ein menschliches Leben aller in Erinnerung bleiben müssen“. Der letzte Halbsatz läßt wieder Vorgrimlers touch für das „Grundsätzliche“ oder das „ursprüngliche Christentum“ erkennen. Für ihn ist es nämlich erwiesen, daß sich die Gremien des deutschen Laienkatholizismus „aus Leuten zusammensetzen, die an das ‚C‘ der ‚christlichen‘ Parteien glaubten und deren Mitglieder oder Anhänger wurden. Als sich später herausstellte, wie unüberbrückbar der Abstand der ‚christlichen‘ Unternehmerparteien zum ursprünglichen Christentum (!) war, befanden sich die Gremien schon fest in den Händen von Funktionären der ‚christlichen‘ Parteien“¹¹). – Ob wohl der Stolz dieses überheblichen Zensors der christlichen Qualität anderer deutscher Katholiken ein integrierender Bestandteil von Vorgrimlers „ursprünglichem Christentum“ ist?!

Norbert Greinacher schließlich will nicht nur die Fanggründe mit ausloten helfen, er will auch selbst an den Fang gehen, und er weiß, warum ein katholischer Sympathisant der SPD, erst recht ein Theologe und Priester, hier eine wichtige Vorsprungschance vor anderen Fischern hat. „Ein ka-

tholisches Mitglied der Sozialdemokratischen Wählerinitiative kann einen zögernden katholischen CDU-Wähler leichter für die SPD gewinnen als ein SPD-Mitglied, vor allem deswegen, weil dieser katholische SPD-Sympathisant in den Augen des zu Gewinnenden vertrauenswürdiger ist als ein SPD-Mitglied¹²). – Dies kommt einem alten Weltkrieg II-Soldaten ziemlich bekannt vor. Der Gegner mit der eigenen Uniform im eigenen Schützen-graben. Das ist klassische Partisanenstrategie!

Die SPD kann auf ihre theologischen Helfer stolz sein!

Die Kirche läßt sich weder ins Schlepptau von Parteien nehmen noch leistet sie ihnen Vorspanndienste – Die Distanz wird nicht von der Kirche bestimmt, sondern von den Parteien selbst

Das Bad Godesberger „Institut für angewandte Sozialwissenschaft“ (in-fas) glaubt herausgefunden zu haben, daß die Wahlhirtenbriefe in Hessen und Bayern im Oktober 1974 nur eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung der Bürger gespielt haben. Bei in-fas meint man, „daß Wahlhirtenbriefe in ihrer Wirkung im allgemeinen überschätzt werden; Anklang fänden sie vor allem bei Kirchgängern, die ohnehin eher zu den Unionsparteien neigten¹³). Seitens der CSU fühlte sich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Richard Stücklen, veranlaßt, die Bischofsworte als ‚nicht hilfreich im Sinne der Wahlentscheidung der mündigen Bürger‘ zu kennzeichnen¹⁴).

Nun werden die Bischöfe wohl auch in der Zukunft, falls sie weitere Wahlhirtenbriefe für notwendig halten, sich nicht erst bei in-fas nach den mutmaßlichen Wirkungen, noch beim Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, noch bei sonst einer Parteigröße erkundigen, ob sie solche Hirtenbriefe für „hilfreich“ halten. Die Bischöfe werden – hoffentlich – immer dann – auch in der Form von Wahlhirtenbriefen – ihre Stimme erheben, wenn fundamentale Fragen in Staat und Gesellschaft auf dem Spiele stehen.

Der fast tadelnd kritische Kommentar der HERDER KORRESPONDENZ zu den Wahlhirtenbriefen des letzten Herbstes kommt immerhin noch zu der Feststellung, daß es „zweifellos richtig (sei), daß nicht nur die Sinnfrage (wenn man in der Tagespolitik so hoch greifen will), sondern die Vertretung christlicher Grundwerte insgesamt eher bei den Unionsparteien anzutreffen ist¹⁵). Dies erklärt auch die materiale Nähe bischöflicher Verlautbarungen zu Aussagen und zur Politik der Unionsparteien.

Allerdings gibt es kein Dauerabonnement der Unionsparteien auf kirchliche Stellungnahmen, die ihnen ins Konzept passen können. Das wird einmal von der Fähigkeit dieser Parteien abhängen, ihre eigene Politik noch werthaft zu begründen, zum anderen von ihrer tatsächlichen Politik, und diese ist nur bedingt der Ausfluß von Programmen als vielmehr Handeln von Personen.

Was die Wertbegründung angeht, so scheinen auch die Unionsparteien immer stärker ins Schwimmen zu geraten. G. Deussen teilt die Interpretationsmöglichkeiten und tatsächlichen Interpretationen des „C“ im Fir-

mennamen der Unionsparteien in vier verschiedene Kategorien, die er so (verkürzt) umreißt¹⁶⁾:

1. Das „C“ ist eine rein historische Reminiszenz der Jahre nach 1945, jedoch ist für eine moderne Politik „das spezifisch christliche Motiv als Konstituens“ unbrauchbar;
2. Das „C“ ist nichts weiter als eine Chiffre für den kleinsten gemeinsamen Nenner sittlicher Anschauungen ohne große konstruktive Bedeutung für moderne Politik;
3. Das „C“ signalisiert einen reinen Humanismus als Restbestand der Traditionen des „christlichen“ Abendlandes;
4. Das „C“ konstituiert eine Gemeinschaft von Politikern, für die die Offenbarung und der Glaube an Jesus Christus das Grundmotiv des Handelns ist.

Wer sich für eine der Interpretationen zwischen 1 und 3 entscheidet, treibt mit der Verwendung des „C“ im Parteinamen Etikettenschwindel. Er liefert die Wertfundierung des politischen Handelns dem gleichen Begründungsbrei aus wie die Präambel des Godesberger Programms der SPD. – Wer glaubt, die Interpretation unter 4 sei unrealistisch, muß – wenn er ehrlich ist – ebenfalls auf das „C“ verzichten. Da aber eine Partei nicht so sehr an ihrem Programm als an ihrer tatsächlichen Politik als dem Handeln von Personen gemessen wird, wird das Schicksal des „C“ in den Unionsparteien immer stärker von den in ihnen tätigen Menschen abhängen. – Ob schließlich das „C“, wie es dem Generalsekretär der CDU vorzuschweben scheint, auf die Dauer authentisch ohne die christlichen Kirchen zu definieren sein wird, muß sehr bezweifelt werden.

Anmerkungen

¹⁾ Es handelt sich um ein Heft der Serie „Religion heute“ (Texte, Materialien, Bilder zum Religions-Unterricht), das für die Sekundarstufe I/5 bestimmt ist, d. h. für Schüler verschiedener Schularten im Alter von etwa 14–15 Jahren. Als Mitherausgeber zeichnet der laisierte Theologe Hubertus Halbfas; erschienen ist das Heft in dem renommierten Hermann Schroedel Schulbuchverlag und im Benziger-Verlag – übrigens zeitlich gut placiert, nämlich zum Wahlkampf im Herbst 1972.

²⁾ So das Ratsmitglied der EKD und ehemaliger Präses (bis zum 31. 12. 1968) der Evangelischen Kirche von Westfalen, D. Ernst Wilm.

³⁾ So verschiedene Zeitungsnotizen zur Wahlkampfzeit 1972 über einen Vorgang aus dem Raum Westfalen.

⁴⁾ Die Stellungnahme des Arbeitskreises ist u. a. von den katholischen Theologen Prof. Horst Herrmann (Münster), Prof. Norbert Greinacher (Tübingen), der Sprechergruppe des „Bensberger Kreises“, der u. a. ebenfalls Greinacher und Prof. Heinz Misalla (Essen) angehören, sowie von sieben weiteren Personen unterschrieben worden (KNA-Inland, Nr. 139 v. 20. 6. 1974).

⁵⁾ FAZ, Nr. 277 v. 29. November 1974, 10.

⁶⁾ Vgl. hierzu auch das Schreiben über „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart“ vom Jahre 1969, bes. die Ziffern 47, 48 und 51.

⁷⁾ Hirtenbriefe, Glosse in FAZ, Nr. 243 v. 19. Oktober 1974, 10.

⁸⁾ Abgedruckt in der FAZ, Nr. 287 v. 11. Dezember 1974.

⁹⁾ Die deutsche Übersetzung des vollen Wortlauts der Synodenrede Kardinal Wyszyńskis findet sich in KNA-Dokumentation, Nr. 41 v. 17. Oktober 1974.

¹⁰⁾ In: Kirche – Politik – Parteien. Hrsg. v. Anton Rauscher, Köln 1974, 57–103

¹¹⁾ Alle Zitate aus dem Aufsatz: Die SPD und die Katholiken. Warum ihr Verhältnis nicht so gut ist wie es sein könnte, in: Vorwärts v. 10. Oktober 1974.

¹²⁾ So Greinacher in seiner Rede am 11. April 1973 vor dem Parteitag der SPD in Hannover.

¹³⁾ Nach KNA-Informationsdienst, Nr. 44 v. 31. Oktober 1974.

¹⁴⁾ KNA-Informationsdienst, Nr. 43 v. 24. Oktober 1974.

¹⁵⁾ HERDER KORRESPONDENZ, 28. Jg. (1974), H. 12, 614.

¹⁶⁾ Vgl. G. Deussen, Wiederentdeckung der christlich-sozialen Idee, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, 22. Jg. (1975), Nr. 3, 35.

Zur Person des Verfassers

Dr. theol., Dr. rer. pol. Wilhelm Weber, o. Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster.

Übersicht über die bisher erschienenen Hefte:

- Nr. 1 A. Rauscher, Soll die Kirche aus dem öffentlichen Leben verbannt werden?
- Nr. 2 J. Oelinger, Plädoyer für eine freiheitliche Öffentlichkeit – Zur Aufgabe freier gesellschaftlicher Kräfte in der Demokratie
- Nr. 3 E. Küng, Inflation ist soziales Unrecht
- Nr. 4 B. Vogel, Bildungsmonopol des Staates?
- Nr. 5 F. Raabe, 14 Thesen gegen die Kirchen – Eine Auseinandersetzung mit Forderungen der FDP zur Trennung von Kirche und Staat
- Nr. 6 B. Guggenberger, Utopische Freiheit – Räte­demokratie und imperatives Mandat
- Nr. 7 W. Weber, Christlicher Sozialismus?
- Nr. 8 K. Forster, Bevorzugt die Kirche eine politische Partei?
- Nr. 9 A. Langner, Demokratie fordert eine freiheitliche Wirtschaft
- Nr. 10 K. Forster, Kirche und Politik – Zur Frage der Äquidistanz zwischen Kirche und Parteien
- Nr. 11 H. Geißler, Mitbestimmung am Scheideweg
- Nr. 12 R. Spaemann, Kein Recht auf Leben? – Argumente zur Grundsatzdiskussion um die Reform des § 218
- Nr. 13 H. Marré, Kirchensteuer – warum und wofür
- Nr. 14 Cl. u. R. Willeke, Familie in der Krise – Ihre Abwertung im Politischen Unterricht
- Nr. 15 H. Boventer, Medienpolitik – nicht mehr, sondern weniger Pressefreiheit
- Nr. 16 H.-Renate Laurien, Pädagogik – Instrument der Systemüberwindung?
- Nr. 17 F. Raabe, Vorwärts ins 19. Jahrhundert. Die FDP und ihre Kirchen­thesen